

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark, für auswärts 0,35 Goldmark, für das Ausland 0,50 Goldmark. Die Tageszeile, 21 mm breit, kostet 1,50 Goldmark, für auswärts 2,00 Goldmark. — Die Preisgebühr für Zuschriften beträgt 0,10 Goldmark. — Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Zeiten kann ein Sonder nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung**

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mart bei freier Zustellung durch Boten
Postbezug für Monat Juli 2,00 Goldmark, für die Deutsche-Correspondenz monatlich 2 R. 15. Kreuzveränderungen im Inlande wöchentlich 0,50 Goldmark, nach dem Einzelnummer 10 G. Pfennig
Wochensatz 1,20 Goldmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandsstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Anzeigenpreis (ohne Nachdruck) werden weiter zugesandt nach Anweisung. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Strafsachen haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 178

Sonntag, 1. August 1925

XXXIII. Jahrg.

Dramatische Szenen in Westminster

Keine Streifgefahr mehr in England?

Exzellenzen der Regierung in zwölfter Stunde — Eine erregte Nacht im Unterhaus

Telegramm unseres Korrespondenten
w. London, 31. Juli
Obwohl es jetzt so gut wie sicher ist, daß der Bergarbeiterstreik verdrückt werden kann, so ist die Situation doch außerordentlich dramatisch: England steht vor einer schweren Industriekrise und vor einer Bewegung, deren Ausgang völlig ungewiß war. Die Regierung sah sich gestern zu später Abendstunde im letzten Augenblick gezwungen, Zugeständnisse zu machen, die sie ursprünglich ablehnen wollte. Der Ausschuss für diesen wichtigen Einlenken der Regierung bildete die gestern Abend in Westminster Hall abgehaltenen Verhandlungen der Vertreter von fünfzig englischen Gewerkschaften, die ihre Bereitwilligkeit erklärten, den Streik der Bergarbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. Als diese Nachricht in Downing Street eintraf, herrschte dort eine Stille; dieser Vorschlag muß verworfen werden. Baldwin hat daraufhin den Vertretern der Bergarbeitergewerkschaften folgende Punkte angedeutet:

1. Die Arbeiter sollen einen weiteren Nachdruck der Forderung der Vertreter um vierzehn Tage erhalten.

2. Das gegenwärtige Lohnniveau soll vorläufig bestehen bleiben.

3. Eine Untersuchungskommission soll eingesetzt werden, um die Frage einer Verminderung der Produktionskosten zu prüfen.

4. Die Arbeiter sollen bis auf weiteres eine partielle Unterbrechung erhalten sowie eine Garantie, späterhin entsprechend entschädigt zu werden.

Die Arbeiter erklärten sich mit diesen Regierungsbedingungen einverstanden. Es ist noch abzuwarten, ob die Arbeitgeber gleichfalls ihre Einwilligung geben werden, nimmt dies aber als wahrscheinlich an. Unmittelbar vor der Sitzung der Sitzung stellten sich im Parlament dramatische Szenen ab. Die Abgeordneten warteten dort vergeblich auf Nachrichten aus Downing Street, denn Baldwin hatte versprochen, Mitteilungen über den Stand der Dinge zu machen. Nachdem der Führer der Arbeiterpartei, empfing eine Deputation von Gewerkschaftsführern, die von ihm verlangte, im Falle des Streiks die Arbeiterpartei ihre parlamentarische Tätigkeit einstellen müsse. MacDonald versprach, diesen Antrag seinen Kollegen vorzulegen. Ferner wurde im Parlament mitgeteilt, daß die Gewerkschaften insgesamt 2 Millionen Pfund Sterling an Streikgeldern zur Verfügung der Ausführenden hätten.

Aus dem Lager der Regierung kamen noch viel dramatischere Nachrichten. Es ließ sich bald wissen, daß Churchill einen Gesandten nach Paris geschickt hat, um die Regierung des Reiches zu erkennen zu lassen. Treppen und Marinemannschaften sollen bereitstehen, um an Stelle der streikenden Arbeiter in alle Betriebe zu treten. Viele Mannschaften sollen doppelten Lohn erhalten.

In den Kreisen der Arbeiterpartei erregten diese Nachrichten großes Aufsehen. Trotzdem kann gesagt werden, daß im Lager der Regierung von Kriegsbegeisterung nicht das geringste zu spüren war, während bei den Arbeitern die feste Überzeugung zu konstatieren war, daß diesmal der Streik zu einem Siege der Arbeiterpartei führen müsse. Man erinnert sich daran, daß sich die Situation seit dem Transportarbeiterstreik, der unter Lord George im Jahre 1919 stattfand, gründlich geändert hat. Die kommunistischen Einflüsse auf die Streikbewegung sind deutlich spürbar. Aus Wales wird gemeldet, daß dort bereits in den Ausführenden Lohnstreiks begonnen hätten. 20.000 Arbeiter streikten acht Stunden mit Waffen und Explosivstoffen. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die schließlich maßlos das Feld den Arbeitern überlassen mußte.

Solidaritätskundgebung der Transportarbeiter

London, 31. Juli. Die Vertreter der Eisenbahner- und der Transportarbeiterverbände berieten heute zwei Stunden lang mit dem Generalsekretär des Generalrats des Gewerkschaftsverbandes. Es wurde die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens zur Unterstützung der ausgepöbelten Bergarbeiter besprochen. In einer Versammlung der ausführenden Organe aller Gewerkschaften wurde einstimmig beschlossen, den Bergarbeitern jede mögliche Unterstützung zu leisten, namentlich auch eine solche finanzielle Art durch Erteilung einer Sonderabgabe

in jedem Bezirk. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Coof, erklärte, die Lage sei heute düsterer denn je, und er habe nunmehr die Hoffnung aufgegeben, daß die Schließung der Kohlengruben in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verhindert werden könne.

Heute die Entscheidung Vorbereitende Maßnahmen der Gewerkschaftsleitung

London, 31. Juli. Nachdem die Lage in der Kohlenindustrie gestern Abend als hoffnungslos betrachtet worden war, ist nun Mitternacht infolge des Vorgehens Baldwin eine neue Wendung eingetreten, und man hofft hier jetzt, daß der für Freitag mitternachts erwartete Ausbruch des Generalstreiks doch noch vermieden werden wird. Von 10 bis 11 Uhr nachts hatte Baldwin im Arbeitsministerium Konferenzen mit den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber abgehalten, bei denen ihm der Schatzminister für Churchill und der Wohlfahrtsminister Neville Chamberlain zur Seite standen. Dort wurden die bekannten Einigungsversuche gemacht.

Gestern vormittag um 10 Uhr werden die Bergwerksbesitzer dem Premierminister ihre Antwort mitteilen, und um 11 Uhr wird Baldwin mit den Vertretern der Bergarbeiter eine Konferenz haben.

Der Sekretär der Bergarbeiterdelegation, Coof, erklärte nach Schluß der Konferenz, daß noch keine Regelung erreicht worden sei. Die Bergleute würden heute sofort nach Beendigung der Konferenz mit dem Premierminister ihre endgültigen Anmerkungen vom Vollzugsamt einbringen.

„Daily Herald“ veröffentlichte bereits die Auswägungen an die Gewerkschaften für den Fall des Streiks. Danach ist von heute mitternacht an jede Verbesserung von Kohlen zum Stillstand zu bringen. Der Generaldirektor der großen Werksbahnen hat eine Erklärung an die Angehörigen der Bahn herausgegeben, in der im Zusammenhang mit dem Beschluß der Eisenbahner, im Falle eines Kohlenarbeiterstreiks keine Kohlen zu befördern, darauf hingewiesen wird, daß die Bahn gesetzlich verpflichtet ist, alle ihr zur Beförderung übergebenen Güter zu befördern.

Zusammenstoß im Hyde Park

London, 31. Juli. Gestern Abend kam es wiederum im Hyde Park zu einem Zusammenstoß zwischen britischen Faschisten und einer zum Teil aus Kommunisten zusammengesetzten Volkshutze. Später zogen 600 bis 700 Personen auf das Hauptquartier der Faschisten zu, wurden aber von der Polizei gestreut.

Schwenkung Belgiens

Annäherung an den englischen Standpunkt
Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 31. Juli

Die aus Brüssel hier eintreffenden Nachrichten über die Haltung des belgischen Kabinetts in der Festsitzung des Kabinetts am Quai d'Orsay hat das belgische Kabinettsmitglied der belgische Premier Wandenbrouck sich mehr und mehr nach der englischen Seite hin zu orientieren. Deshalb befindet man in hiesigen Regierungskreisen merkwürdige Bemerkungen und glaubt, daß Wandenbrouck diesmal mit viel härterer Energie die besonderen Interessen Belgiens betonen werde, als dies unter dem Kabinettsmitglied der Fall war, das sich völlig im Schlepptau der jeweiligen Pariser Regierung befand. Der Brüsseler Korrespondent des „Lancet“ berichtet heute, daß die belgische Regierung in der deutschen Note eine sehr brauchbare und solide Verhandlungsgrundlage erblickt. Wandenbrouck soll sich durchaus mit dem belgischen Standpunkt einverstanden erklärt haben, daß die Frage, wer der Angreifer in einem bestimmten Falle sei, durch ein Schiedsgericht festgestellt werden müsse, also nicht von Frankreich allein bestimmt werden könne. Wandenbrouck äußerte sich auch sehr abfällig über das von Frankreich geforderte besondere Sanktionsrecht. Wandenbrouck meint, daß mit Hilfe des Völkerprotokolls und des Völkerbündnisses eine Verständigung über die schwebenden Differenzen erreicht werden könnte.

Die Durchpeitschung der Steuerentwürfe

Deutschnationale Angriffe auf den Reichstagspräsidenten — Deutliche Zurückweisung durch das Zentrum — Die Regierung für eine Sonntagssitzung

B. Berlin, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht)
Ein Teil der Reichspresse nimmt die erneuten Landallüren im Reichstag als Anlaß zu einem Vorstoß gegen den Reichstagspräsidenten Loh, dem man vorhält, er habe diesmal die sichere Hand, die seine Amtsführung sonst auszeichnete, sehr spürbar vermissen lassen. Das soll natürlich ein verheerender Vorwurf der Parteilichkeit sein. Loh hat es bekanntlich zunächst abgelehnt, die beleidigenden Zusätze der Kommunisten gegen den Führer der Bayerischen Volkspartei, Reich, zu rügen, und zwar mit der Begründung, daß er sie nicht gehört habe. Bei dem Totschuhwahn, das man gestern im Hause erleben mußte, ist das durchaus möglich. Loh hat dann, als er sich aus dem Hemographischen Bericht von dem Landtag absetzte, den Reichstagspräsidenten die verdienstvolle Ordnung der Reichstagsarbeiten in der Vorwoche Mangel an Energie“ hätte mit etwas mehr Begeisterung vorgelesen gegen den deutschnationalen Reichstagspräsidenten Graf. Thüringen erhoben werden können, der, wie selbst seine Freunde anerkennen müßten, sich am Mittwoch der Situation in keiner Weise gewachsen zeigte. Den Angriff auf Loh verurteilt der „Vollständer“ mit der in den letzten Tagen ja bereits mehrfach von der deutschnationalen Presse erhobenen Forderung nach „energischen Maßnahmen“ zur Unterdrückung der Opposition. Das Augenzeugenblatt behauptet, auch das Zentrum scheine nach den Erfahrungen den geplanten Maßnahmen seinen Widerstand mehr entgegenzusetzen zu wollen. Die „Germania“ trägt diese Auffassung prompt wider. Es bemerkt heute in einem kritischen Rückblick auf die gestrige Konferenz:

„Von diesen härteren Kampfmethoden können wir uns wenig Gutes versprechen. Ganz abgesehen davon, daß sie der Sozialdemokratie einen billigen und sehr guten Propagandakrieg geben, entsprechen die von den Reichstagspräsidenten vertriebenen Reize teils dem Interesse des deutschen Volkes, das sich den Luxus einer noch verhärteten parteipolitischen Zerklüftung nicht leisten kann. Wir verlangen, daß sich die Opposition in den Grenzen des ihr anzuerkennenden Rechts hält. Wir verlangen aber auch, daß das Recht nach allen Seiten hin gewahrt wird. Es ist ferner nicht annehmbar, zu jedem Paragraphen der Steuerentwürfe Oppositionsreden vom Feind heranzuziehen zu müssen. Aber man läßt sich vor Gewaltmaßnahmen und vor einer Rundstimmung der Opposition, wie sie offenbar von gewisser Seite erwünscht wird. Wir haben nicht nur Schatzmeister auf der Bank, es gibt auch solche Exemplare auf der rechten, denen eine Verschärfung der Steuerentwürfe nur recht wäre. Schließlich wird sich der durchsetzen, der die besseren Kräfte hat. Wir haben gar keinen Grund, uns Kräfte zu verlieren. Noch weniger aber liegt Anlaß vor, verhängnisvollen, unter der Maske vaterländischer Sorge propagierten Plänen von Stillsitzen zu folgen, denen offenbar

bar der große Bruch nicht eald neu kommen.“

Diese Abgabe an das deutschnationale Schatzmeisteramt durch die zweifelhafte der sogenannten Regierungsparteien läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und zeigt auch kein Verständnis für die gornige Entrüstung der „Deutschen Tageszeitung“, die heute den Reichstagspräsidenten auf 20 Minuten festgesetzt hat.

Zwischen dem Reichstag und den Führern der Regierungsparteien hat im übrigen gestern Abend noch eine Konferenz stattgefunden, in der außerdem die einstimmige Entschlossenheit der Reichsparteien zum Ausdruck gebracht wurde, das vorgesehene Programm einschließlich der Vollvorlage durchzuführen. Nach einer vorläufigen Vereinbarung beschließt man auch, am Sonntag für Sonntag 11 Uhr eine Sitzung anzusetzen, die bis in den Abend hinein ausgedehnt werden soll. Wenn diese Sonntagssitzung tatsächlich zustande kommt, so hofft man, am Sonntag Abend die zweite Lesung aller Steuerentwürfe beenden zu können. Dann würden, wie man sich in den Kreisen der Regierungsparteien die Erwartung weiter ausbildet, die Vollvorlage und die Annahmefrage frühestens am Sonnabend nächster Woche zu Ende beraten sein. Nach Lage der Dinge will auch diese Kombination rechtlich optimistisch erscheinen. Nach den Erklärungen zu Beginn der heutigen Vormittagsitzung des Reichstags (vgl. den Reichstagsbericht dieser Ausgabe, D. Med.) dürfte sich auch kaum eine Mehrheit für eine solche Sonntagssitzung finden lassen.

Die armen, armen Abgeordneten

B. Berlin, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht)
Unter der Überschrift „Parlamentarische Pflichterfüllung“ wird im „Vollständer“ folgende erregende Geschichte erzählt, die sich später Aufnahme in die Schullektüre finden wird: Seit gestern ist der Abgeordnete Herat, der nach Beendigung der Aufwertungskampagne auf Anraten seines Krates ein Senatorium aufgesucht hatte, wieder im Parlament erschienen. Er hatte seine Kur unterbrochen, um zur Erledigung der Steuer- und Zollvorlagen zur Stelle zu sein. Auch verschiedene andere Abgeordnete der Regierungsparteien, die auf längere Zeit beurlaubt waren, sind zurückgekehrt. Der deutschnationale Abgeordnete Wolf, der auch sehr leidend ist, wird am heutigen Tag erwartet. Der Reichstagsabgeordnete Neumann (Lüprecht) vom Zentrum erlitt im Reichstag infolge der Ausführung der letzten Lage einen Schwächeanfall.“
Auch die Telegrammen-Linien weiß zu berichten, daß infolge der ausgedehnten Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse die Erfränkungen unter den Reichstagsmitgliedern zunehmen. Der sozialdemokratische Krat Dr. Wolf, der schon seit Jahren im Reichstag die ärztliche Hilfe zu leisten pflegt, hat jetzt täglich acht oder neun Schwächeanfälle von Abgeordneten zu behandeln. Und Dr. Dauter hat noch immer kein Erbarmen?

Ein belgisches Memorandum

Brüssel, 31. Juli. Außenminister Wandenbrouck hat an den französischen Minister des Auswärtigen, Briand, eine Note abgefaßt, in der er die Ansicht der belgischen Regierung über die allierten Verhandlungen in der Sicherheitsfrage zum Ausdruck bringt. Eine gleiche Mitteilung ist an den englischen Staatssekretär des Auswärtigen abgegangen.

Briands Besuch erwünscht

Telegramm unseres Korrespondenten
w. London, 31. Juli. Im Foreign Office wird erklärt, daß eine definitive Mitteilung über den Besuch Briands in London noch nicht eingelaufen sei, doch wäre eine mündliche Aussprache zwischen Chamberlain und Briand sehr erwünscht. Insbesondere deshalb, weil bei der Gelegenheit über das von Frankreich geforderte Durchmarschrecht und die Abweisung eines internationalen Schiedsgerichts über einen eventuellen „feindlichen Akt Deutschlands“ eine Aussprache von Nutzen wäre. Ferner wird im Foreign Office mitgeteilt, daß die Berliner Nachricht über die Einsetzung einer Spezialkommission, die mit den internationalen Vertretern über die Entwaffnungsangelegenheiten beraten soll, eine sehr günstige Aufnahme fand.

Verschärfung des Pariser Bankbeamtenstreiks

Paris, 31. Juli. Die Lage im Streik der Bankbeamten hat sich verschärft. Direkt betroffen sind vorläufig die Banque Nationale de Credit und die Credit Lyonnais. Das Streikkomitee schlägt die Zahl der Streikenden auf 4500. Die Angehörigen des Comptoir d'Escompte werden heute Abend und die Angehörigen der Société Générale morgen Abend über ihre Haltung befragt. Heute Abend wird der Finanzminister Delegierter des Verbandes der Bankangestellten in Anwesenheit des Arbeitsministers empfangen.

Amerikanische Gäste der deutschen Industrie

B. Berlin, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht)
Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte zu gestern nachmittag die unter Leitung des Prof. Scherwood Eddy stehende amerikanische Studiengesellschaft und deutsche Gäste zu einem Tee nach dem Hotel Adlon eingeladen. Weiteintraut Duisberg verglich in längerer Ausführungen die wirtschaftliche Lage Amerikas vor und nach dem Krieg mit der Deutschlands und wies auf die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten hin, mit denen das deutsche Volk im allgemeinen und die deutsche Wirtschaft im besonderen zu kämpfen haben. Danach erläuterte Weiteintraut Eddy, wie hilfreich die deutsche Wirtschaft aus dem Krieg und dem deutschen Währungsverfall hervorgegangen wäre. Er betonte die deutschen Sicherheitsvorsorge als einen Beweis für den ersten und wirklichen Friedenswillen des deutschen Volkes.